

Schriftliche Frage Nr. 318 vom 9. März 2023 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis als Nachfrage zum Thema Burnout¹

Frage

Am 10.07.2022 berichtete das GrenzEcho von den von den unabhängigen Krankenkassen veröffentlichten Zahlen zum Thema Burnout²: Seit 2018 seien 66% mehr Arbeitnehmer mit Burnout krankgeschrieben, es geben 12 % mehr Depressionen und 42 % mehr Tennisarme.

Zwischen 2018 und 2021 würden die psychischen Störungen die körperlichen Störungen bei weitem übertreffen, wobei sich besonders im Pflegesektor die Zahl der Burnouts verdoppelt habe. Diese Entwicklung sei „besonders besorgniserregend“ und wie eine weitere Pandemie zu betrachten, die noch lange nicht ausgestanden sei.

Statistisch gesehen steige die Anzahl der Menschen, die nicht arbeiten können, während die Arbeitslosigkeit sinke. Ebenfalls würde mit einem höheren Renteneintrittsalter die Zahl der psychischen Beschwerden steigen. Allerdings habe auch der Arbeitsdruck allgemein zugenommen, während das emotionale Wohlbefinden am Arbeitsplatz abnehme. Auf viele Menschen wirke sich auch die Arbeit im Home Office negativ aus, wenn diese den direkten Kontakt mit Kollegen vorziehen würden. Die unabhängigen Krankenkassen wünschen sich bei der Prävention mehr Verantwortung der Arbeitgeber.

Die Vivant-Fraktion hat das Thema „Burnout“ in der Vergangenheit bereits des Öfteren vorgebracht und seit den Corona-Maßnahmen bleibt das Thema „mentale Gesundheit“ allgemein aktueller denn je.

Das Thema „Burnout“ griffen wir in unserer schriftlichen Frage Nr. 175 vom 23.06.2021³ bereits auf, worauf Sie uns wie folgt antworteten:

- die Kompetenz der Rahmenbedingungen im Bereich der mentalen Gesundheit mit der allgemeinen Politik zu den Bereichen Burnout und Depressionen liege im Bereich des Föderalstaates liegen;
- der Föderalstaat erhebe in regelmäßigen Abständen Daten im Bereich mentale Gesundheit;
- auf DG-Ebene würden Sie aufgrund der Zuständigkeiten die Möglichkeit haben, spezifische Angebote für gewisse Zielgruppen auszuarbeiten und der Bevölkerung anzubieten, wie z.B. Hilfe für Eltern bei einem Eltern-Burnout;
- Sie wollen sich in dieser Legislaturperiode auch im Rahmen des REK-III-Projektes „Konzept zur psychischen Gesundheitsversorgung“ mit der Psychiatrielandschaft der DG beschäftigen und diese ggf. weiterentwickeln.

Zum Thema „Stress am Arbeitsplatz“ haben wir Sie mit unserer schriftlichen Frage Nr. 180 vom 23.07.2021⁴ befragt. Es ging um eine Kampagne der Föderalregierung, um den Stress am Arbeitsplatz zu bekämpfen mit einem Budget von 5,5 Millionen Euro sowie um Präventionsmaßnahmen (4,5 Millionen Euro). Ihre Antwort beschränkte sich darauf uns mitzuteilen, dass die DG in diese Kampagne nicht involviert sei.

Allein dieses Jahr haben wir Ihnen mehrere Fragen zu verschiedenen Themen aus dem Bereich „mentale Gesundheit“ gestellt. Die neuste ist unsere schriftliche Frage Nr. 249 vom 12.04.2022 zum Thema „Fachkräftemangel – mentale Gesundheit“⁵, auf die Sie uns folgendes antworteten:

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

² <https://www.grenzecho.net/76313/artikel/2022-07-10/deutlich-hohere-zahl-von-arbeitnehmern-mit-psychischen-problemen-burnout-rate-um>;

³ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2020/09/Antwort-SF175.pdf>.

⁴ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2020/09/Antwort-SF180.pdf>;

⁵ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2021/09/Antwort-SF249.pdf>;

- die DG sei nicht für die niedergelassenen Psychologen zuständig;
- Sie stellen die Strategien der DG für den Bereich psychische Gesundheit dar;
- es soll ein Netzwerk für Psychiatrie geschaffen werden, wofür „in der kommenden Zeit der Vertrag mit dem Föderalstaat unterschrieben und eine erste Netzwerkversammlung zur konkreten Umsetzung“ anvisiert sei;
- im Rahmen des REK III werde die „Vision Psychiatrie“ erarbeitet, für die bis Ende 2022 strategische Versammlungen stattfinden, um ein erstes Konzept zu erarbeiten, welches die Grundlage für die Erarbeitung des Dekrets darstellen soll;
- ein Kinder- und Jugendpsychiater sei eingestellt worden;
- es sei ein Vertrag mit dem LIKIV für die Psychologen der 1. Linie in der DG unterzeichnet worden und ein Gespräch mit dem Sektor sei vorgesehen, um das praktische Vorgehen zu besprechen.

Zuvor hatten wir Sie am 21.02.2022 mit unserer schriftlichen Frage Nr. 235 zum Thema „Mentale Gesundheit“⁶ befragt und auf die Warnung des Hohen Gesundheitsrats (HGR) hingewiesen, „die psychische Gesundheit sei, wenn sie nicht angemessen versorgt wird, eine tickende Zeitbombe“, „denn auch nach Überwindung der Coronakrise würden psychische Probleme fortbestehen“. Ihre Antworten lauteten wie folgt:

- Die Gesundheit am Arbeitsplatz sei eine föderale Zuständigkeit, aber man könnte in der DG auch Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung einreichen (Ostbelgien Live - Gesundheitsförderung);
- das Gutachten des HGR werde in die Überlegungen im Bereich der mentalen Gesundheit mit den betroffenen Akteuren miteinbezogen und werde ganzheitlich analysiert;
- Sie möchten die verschiedenen Akteure dabei unterstützen, die Kommunikationswege und den Informationsfluss untereinander bestmöglich zu kanalisieren;
- Sie seien der Meinung, dass der Dekretentwurf des Beirates für Gesundheit, der dem Parlament bald vorgelegt werde, sowie das REK-Projekt zur mentalen Gesundheit einen klaren Mehrwert darstellen werden.

Des Weiteren befragten wir Sie am 11.02.2022 mit unserer schriftlichen Frage Nr. 231 zum Thema Schlafmittel⁷, am 03.02.2022 mit Frage Nr. 227 zum Thema Suizidprävention⁸, am 26.01.2022 mit Frage Nr. 219 zum Thema Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen während der Covid-19-Pandemie⁹ - alles Themen, die zum Bereich „mentale Gesundheit“ gehören.

Auch wenn die Diagnosen teils ineinander übergehen, manche vom Burnout, manche von einer Depression und wieder andere von Schlafstörungen betroffen sind, bedeutet es eine große Belastung für die Beteiligten und ihre Nächsten sowie Kosten für das Gesundheitssystem und die Arbeitgeber bzw. unseren Sozialstaat.

Der rasante Anstieg bei der Anzahl betroffener Personen besonders innerhalb der vergangenen zwei Jahre ist aber größtenteils hausgemacht und kann nicht als Überraschung gewertet werden, denn die Corona-Pandemie ist an den meisten Menschen nicht spurlos vorüber gegangen: Die Isolation in den Lockdowns und während einer (vermuteten) Erkrankung an Covid-19 sowie die allgemeinen Kontaktbeschränkungen haben zu einer Einsamkeit geführt, die besonders für alleinlebende oder bereits sozial isolierte Menschen schwer zu ertragen war. Bereits bestehende psychische Probleme oder Suchterkrankungen vorlagen haben sich in dieser Zeit verschlimmert, da Psychotherapien, Selbsthilfe- und Sportgruppen, persönliche Treffen mit Familie und Freunden uvm. nicht mehr möglich waren, da die Angebote wegen der Corona-Maßnahmen entweder eingestellt wurden oder von den Menschen aufgrund der Angst vor einer Ansteckung nicht mehr wahrgenommen wurden.

⁶ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2021/09/Antwort-SF235.pdf>.

⁷ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2021/09/Antwort-SF-231.pdf>;

⁸ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2021/09/Antwort-SF227.pdf>;

⁹ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2021/09/SF219-Frage-von-Frau-Stiel-an-Ministerin-Klinenberg.pdf>;

Aber auch Menschen ohne besondere Vulnerabilität wurden von der allgemeinen Unsicherheit, Angst (vor der Krankheit, vor dem Verlust der Arbeitsstelle etc.), Fremdbestimmtheit durch die auferlegten Maßnahmen finanziellen Ausfällen durch z.B. die Schließung ganzer Sektoren und somit Existenzprobleme kalt getroffen und erhöhte den Stress¹⁰. Der Umgang damit wurde für manche mit Alkohol leichter, denn wie das GrenzEcho am 03.08.2022 berichtet¹¹, habe der Alkoholkonsum während der Pandemie zugenommen, was zu weiteren Spätfolgen führe.

Und auch ganze Familien wurden auf eine harte Probe gestellt mit den Kindern im Home Schooling und Eltern im Home Office, teils auf engstem Raum, was zu großem Stress und teils Gewalt in Familien führen konnte. Besonders Kinder und Jugendliche waren dem ausgeliefert, da sie keine Ausweichmöglichkeiten hatten. Besonders schwer traf sie die soziale Isolation während der Schulschließungen, keine Kontakte zu Freunden, Lehrern und anderen dritten Bezugspersonen außerhalb der Familie zu haben. Das soziale Leben wurde auf Facebook, Instagram, Tiktok & Co. verlagert, wo die perfekt inszenierten Bilder und Videos auch noch das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zerstören können.

Wie gesagt, eine Überraschung ist all dies nicht, und es liegt auf der Hand, dass es im Bereich der psychischen Gesundheit dringend Handlungsbedarf gibt.

Die Covid-Maßnahmen der Regierungen haben auf vielen Ebenen viel Schaden bei vielen Menschen angerichtet, dies kann und darf man nicht leugnen. Und es reicht nicht, auf die Zuständigkeiten des Föderalstaates zu verweisen, denn Sie tragen hier in der DG als zuständiger Minister für Gesundheitsprävention eine Verantwortung.

Unsere Fragen an Sie als Minister für Gesundheit und Prävention lauten wie folgt:

1. Wann wird der Vertrag mit dem Föderalstaat bzgl. des Netzwerks für Psychiatrie unterschrieben? Wann findet die erste Netzwerkversammlung zur konkreten Umsetzung statt? Wer sind die Teilnehmer?
2. Wie schreiten die strategischen Versammlungen im Rahmen des REK voran?
3. Wie ist die Auslastung des Kinder- und Jugendpsychiaters? Wie viele Stunden arbeitet er in der DG?
4. Für wann ist das Gespräch mit dem psychologischen Sektor vorgesehen bzgl. der Psychologen der 1. Linie? Wer wird teilnehmen und was wird erwartet?
5. Sind bereits Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung eingereicht worden?

Antwort, eingegangen am 12. April 2023

1.) Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist aktiv in dem Aufbau des Netzwerks der mentalen Gesundheit involviert.

Neben den Verhandlungen, die wir mit dem Föderalstaat geführt haben, um ein jährliches Budget von insgesamt 1,9 Millionen Euro zu erhalten, organisieren wir in einer Übergangsphase auf Anfrage des Sektors die Versammlungen des Netzwerks, stellen Räume zur Verfügung und moderieren die Sitzungen, damit die Teilnehmer sich voll und ganz auf den Aufbau des Netzwerks und der Unterstützung der ostbelgischen Bevölkerung konzentrieren können.

Unsere aktive Rolle in der Organisation des Netzwerks wird beendet, sobald das Netzwerk einen Netzwerkkoordinator eingestellt hat. Eine diesbezügliche Stellenausschreibung wurde aufgesetzt.

¹⁰ https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwjtsKPwmqr5Ah-VOQ8AKHWKsCGwQFnoECAQQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.bag.admin.ch%2Fdam%2Fbag%2Fde%2Fdokumente%2Fpsychische-gesundheit%2F covid-19%2F covid-19-psychische-gesundheit-teilbericht-1.pdf.download.pdf%2FCovid-19_PsychischeGesundheit_ErsterTeilbericht.pdf&usg=AOvVaw2E5nvjlAo8UBx3Ly61ODTK;

¹¹ <https://www.grenzecho.net/art/d-20220802-GWKCZA>.

Aktuell wurde für das ostbelgische Netzwerk noch kein Vertrag unterzeichnet. Hierzu fand zuletzt ein Treffen am 3.03.2023 mit dem Föderalstaat statt.

Der Vertrag für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist auf föderaler Ebene in Bearbeitung.

Das ist wenig verwunderlich. Denn wir befinden uns in einer Sonderposition, die in Belgien einzigartig sein wird.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird als einziger Teilstaat in Belgien ein übergreifendes Netzwerk haben (und nicht wie in den anderen Teilstaaten ein Netzwerk Erwachsenenpsychiatrie und ein Netzwerk Kinder- und Jugendpsychiatrie).

Die Finanzierung wurde dennoch bereits gewährt. Die Klinik St. Josef in St. Vith hat, als unser Referenzkrankenhaus, für dieses Projekt die föderalen Finanzmittel über den BMF 2022 erhalten.

Ein Vertrag bleibt allerdings unumgänglich, um ein Netzwerk aufzubauen. Denn der Vertrag wird die Kriterien und die Bedingungen beinhalten. Außerdem begründet erst der Vertrag den Nachweis für den Aufbau des Netzwerks. Dieser Nachweis dient auch als Grundlage für die Umsetzung des föderalen Projektes „Psychologen erster Linie“.

Es fanden bisher von Seiten des Netzwerks mehrere Versammlungen statt:

- Am 19. Mai 2022 fand ein erstes Rundtischgespräch statt, in dem die Eckdaten im Hinblick auf das zu gründende Netzwerk vorgestellt wurden. Ziel dieses Rundtischgesprächs war es, die Akteure aus dem Bereich der mentalen Gesundheit bei der Planung und Umsetzung einzubeziehen.
- Ein weiteres Rundtischgespräch fand am 8. September 2022 statt. Kernpunkt der Diskussion war, wer in Zukunft Träger des Netzwerks sein kann und wer die Koordination wahrnimmt.
- Am 17. November 2022 wurde die Struktur und die Aufgabenverteilung festgelegt, sowie die Satzungen auf Grundlage des derzeitigen Psychrieverbands im Hinblick darauf, sie auf das Netzwerk umzuschreiben, bearbeitet. Darüber hinaus wurde ein Profil für den künftigen Netzwerkkoordinator erarbeitet.
- Am 21. März 2023 haben die Mitglieder des Netzwerks Mentale Gesundheit die Deutschsprachige Gemeinschaft über den aktuellen Stand der Dinge informiert. Die Anpassung der Satzungen kann nun stattfinden und die Stelle des Netzwerkkoordinators kann ausgeschrieben werden.

Teilnehmer der bisherigen Treffen waren die Klinik St. Josef St. Vith, das Sankt Nikolaus-Hospital Eupen, das Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ), die ostbelgischen Krankenkassen, Kaleido, die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL), das Psychiatrische Pflegewohnheim, die psychiatrische Klinik der Alexianer Brüder in Henri-Chapelle sowie Vertreter der Regierung und des Ministeriums.

2.) Im Jahr 2022 hat sich die strategische Arbeitsgruppe insgesamt fünfmal getroffen. Am 3. März 2023 wurde dem strategischen Arbeitskreis im Rahmen des REK III ein Entwurf des Ergebnisberichts zwecks finaler Anmerkungen und Finalisierung des Berichts sowie zur Genehmigung gestellt.

Zudem gab es am 21.03.2023 ein Treffen mit den Mitgliedern der strategischen Arbeitsgruppe, um ein Feedback zur Onlineumfrage Mentale Gesundheit zu geben, den Abschlussbericht zu besprechen und den ersten Entwurf des Dekrets Mentale Gesundheit zu diskutieren.

3.) Im Jahr 2022 wurden 272 von 384 möglichen Stunden abgerechnet. Die Beratungsfunktion der Kinder- und Jugendpsychiaterin scheint noch nicht ausreichend bekannt zu sein. Daher wurde dieses Angebot im Jahr 2022 dem Hausärztekreis des Nordens der

Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie den ostbelgischen Kinderärzten persönlich durch die Fachärztin vorgestellt. Ein weiterer Vorstellungstermin ist mit der Vereinigung der Eifeler Allgemeinmediziner zeitnah geplant.

Obwohl das Angebot sich erst etablieren muss, greifen viele Einrichtungen bereits darauf zurück.

Auf das Angebot können aktuell Einrichtungen zurückgreifen, welche einen Beratungsbedarf bei ihren Klienten feststellen. Aktuelle Nutznießer sind der Jugendhilfedienst, der Jugendgerichtsdienst, der Pflegefamiliendienst, die Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption, Kaleido, das BTZ, das Mobile Team für Kinder- und Jugendpsychiatrie, freischaffende Psychologen, Hausärzte, die Frühhilfe, das Kompetenzzentrum des Zentrums für Förderpädagogik (ZFP) und die Kinderärzte. Die Liste der Nutznießer ist in Absprache mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft erweiterbar.

Zur weiteren Bekanntmachung des Angebots, auch wegen der nicht immer vollen Auslastung der Sprechstundentermine, wurde in Absprache vereinbart, dass ein Teil der vereinbarten Stunden für Netzwerkarbeit genutzt werden. Dafür wurden im Rahmen der GLEMs (Groupe locale d'évaluation médicale) der Vereinigung der Allgemeinmediziner des Nordens der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der ostbelgischen Kinderärzte ein Vortrag zu typischen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Fragestellungen angeboten, mit nachfolgender Diskussion und Hinweis auf die telefonische Direktsprechstunde für Haus- und Kinderärzte. Im Nachgang zeigte sich eine erhöhte Anfrage der Teilnehmer. Mit der Staatsanwaltschaft Eupen erfolgte ein persönliches Treffen, um insbesondere Fragen zu den ggf. notwendigen grenzüberschreitenden rechtlichen Aspekten von Behandlungen gegen den Willen von Betroffenen zu erörtern. Zudem erfolgten Austauschtreffen im „Time-Out“ des ZFP, der psychiatrischen Tagesklinik für Erwachsene in Eupen und der Maria-Goretti-Schule in St.Vith sowie ein Treffen mit den Mitarbeitern des Jugendhilfe- und Gerichtsdiensts, gemeinsam mit dem Mobilen Team.

Um den Bedürfnissen der Nutzer entgegenzukommen, sollen in Zukunft Beratungstermine angeboten sowie der Austausch mit Diensten, Schulen, Ärzten und Behörden ausgebaut werden. In Planung sind Termine mit dem BTZ, der ASL, der Schulaufsicht, Schulen, Kaleido und der Vereinigung der Eifeler Allgemeinmediziner.

4.) Sobald der Netzwerkkoordinator des Netzwerks der Mentalen Gesundheit eingestellt ist, wird ein Treffen für die 1. Linie Psychologen organisiert. Der Föderalstaat hat angeboten, auch an diesem Treffen teilzunehmen. Das Netzwerk wird dieses Projekt gemeinsam aufbauen. Die Konvention für die Deutschsprachige Gemeinschaft mit dem Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV) liegt vor, jedoch wird ein Projektbegleiter (Koordination) sowie eine administrative Kraft (Fakturation) benötigt, um das Projekt aufzubauen. Einige Psychologen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben bereits ihr Interesse für das Projekt bekundet.

5.) Es wurden bereits mehrere Projekte im Bereich der mentalen Gesundheit eingereicht und durchgeführt. Das erste Projekt der CKK befasste sich mit gewaltfreier Kommunikation am Arbeitsplatz, um Burnout vorzubeugen. Das zweite Projekt der CKK baute darauf auf und wurde Erzieherinnen und Erzieher angeboten. Ein drittes Projekt der CKK „Du bist es mir wert“ läuft derzeit, das sich auf wertschätzende Kommunikation in verschiedenen Situationen konzentriert: in der Familie, im Gesundheitsbereich, am Arbeitsplatz, für Ehrenamtliche und für Menschen in einer Beziehung.

Derzeit läuft auch das Projekt „Body Positivity“ der Frauenliga, welches auch zur Stärkung der mentalen Gesundheit dient.